



# WAS WÄRE, WENN ...?

Sozialpolitik: Positionen der AfD  
und der Diakonie im Vergleich

Handreichung zur Argumentation, 2024

# WAS WÄRE, WENN ...?

## Sozialpolitik: Positionen der AfD und der Diakonie im Vergleich

Handreichung zur Argumentation, 2024

### Inhalt

Argumentationsweisen der AfD	6
Migration	7
Staatsangehörigkeit	8
Zuwanderung in den Arbeitsmarkt	8
Europa	12
Wirtschafts- und Sozialpolitik	14
Steuern	16
Menschen mit Behinderung/ Inklusion	18
Familie und Gleichstellung von Frauen	20
Klimapolitik, ökologische Transformation	22

### Quellen

Die Aussagen der Partei AfD und einzelner verantwortlicher Personen in der AfD, die in dieser Broschüre erwähnt oder zitiert werden, entstammen durchweg überprüfbaren und öffentlich zugänglichen Quellen. Geprüft wurden das Grundsatzprogramm der AfD 2016, das Wahlprogramm der AfD zur Landtagswahl Thüringen 2019, das Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl 2021 und das Europawahlprogramm 2024.

Darüber hinaus wurden Änderungsanträge im Thüringer Landtag durch die AfD im Jahr 2023 gesichtet und es wurden Reden und Interviews einzelner AfD-Politiker auf Bundes- und Landesebene ausgewertet. Ein Wahlprogramm zur Thüringer Landtagswahl 2024 hat die AfD bislang nicht vorgelegt.

Die Zusage der Bibel, dass die Menschen einmalig und als ‚Ebenbilder Gottes‘ geschaffen sind, schreibt jeder und jedem Einzelnen einen unvergleichlichen Wert und höchste Würde zu. Ausgrenzung, Benachteiligung und Diskriminierung stellen die Würde von Menschen in Frage. Wir stehen dafür ein, den Wert jedes Menschen zu würdigen und Inklusion und Gleichberechtigung zu leben. Wir streben danach, Menschen zu selbstbestimmtem Leben zu befähigen. Wir begegnen allen Menschen mit Respekt, Wertschätzung und Freundlichkeit.

*(Leitbild Diakonie Mitteldeutschland)*

Menschen haben in aller Vielfalt eine unveräußerliche aber verletzbare Würde. Sie zu schützen ist unsere Aufgabe in Kirche und ihrer Diakonie. Damit wenden wir uns gegen jede Vorstellung und jedes Denken, Menschen könnten in irgendeiner Weise gewertet werden. Ein solches Denken ist ein Angriff auf die Würde jedes einzelnen Menschen. Als Diakonie tragen wir eine besondere Verantwortung, weil sich Verantwortliche in der Zeit des Nationalsozialismus von der nationalsozialistischen Rassenideologie haben leiten lassen, insbesondere Menschen mit Krankheit oder Behinderung als unwertes Leben anzusehen und sie der Ermordung ausgeliefert haben. Ein solches Denken, das der Tat vorausgeht, darf nicht wieder gesellschaftsfähig werden.

Die Bibel zeigt uns die besondere Option Gottes für die Menschen, die aus

dem Leben in der Gemeinschaft ausgeschlossen werden und Unterstützung benötigen. Im Alten Testament wird wiederholt darauf verwiesen, Migranten, Witwen, Waisen und arme Menschen wahrzunehmen und zu unterstützen<sup>1</sup>. In Jesu Leben und Reden wird die besondere Zuwendung Gottes zu Menschen, die aufgrund von Erkrankung, Behinderung, Herkunft, Kultur, Sprache oder Religion am Rande der Gesellschaft leben müssen, deutlich.

Jesus hat diese Menschen in den Blick genommen. Sie haben sich als wahrgenommen erlebt und Gottes Zuwendung heilsam erlebt.<sup>2</sup> Diese besondere Option Gottes ist uns in Kirche und Diakonie Auftrag, jede Form der Exklusion, der Abwertung und Diffamierung von Menschen entgegenzutreten und mit unserem diakonischen Handeln die Inklusion in die Gesellschaft und eine

unbehinderte Teilhabe an einem würdevollen Leben in der Gemeinschaft zu fördern. Mit großer Sorgen sehen wir, dass durch populistische und rechts-extreme Parteien die Gleichwertigkeit aller Menschen und die gesellschaftliche Inklusion gefährdet ist.

Unsere offene, demokratische und vielfältige Gesellschaft ermöglicht viele Formen der Teilhabe aller Menschen. Der Sozialstaat sichert Menschen in vielen Krisensituationen einen Rechtsanspruch auf Unterstützung zu. Artikel 1 des Grundgesetzes stellt die Wahrung der Würde jedes einzelnen Menschen an die erste Stelle und verpflichtet den

Staat bestmöglich für die Wahrung dieser Würde einzutreten. Wir sehen die Stärkung der offenen, demokratischen und vielfältigen Gesellschaft als den besten Weg an, um das vielfältige individuelle und gemeinschaftliche Leben aller Menschen zu ermöglichen. Dazu bedarf es einer Kultur des freundlichen Umgangs miteinander, der Akzeptanz verschiedener Lebensentwürfe und Kulturen. Wir betrachten Vielfalt als einen gesellschaftlichen Reichtum.

Die Diakonie Mitteldeutschland schließt sich dem Wort des Landeskirchenrates der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland zum Wahljahr 2024 an:

In diesen Tagen werden demokratische Prozesse und Institutionen angezweifelt und verächtlich gemacht.

Populistische, rechtsextremistische und antisemitische Positionen werden zunehmend gesellschaftsfähig. Misstrauen, Hass und Hetze treiben unsere Gesellschaft auseinander.

Viele Menschen sind verunsichert und haben Angst vor dem, was kommt. Das darf uns nicht dazu bringen, uns von populistischen Aussagen und scheinbar einfachen Lösungen verführen zu lassen.

Christinnen und Christen glauben an die von Gott gegebene Gleichwertigkeit aller Menschen und die unveräußerliche Würde jedes Menschen. In der Nachfolge Jesu setzen wir uns darum besonders für benachteiligte, arme, fremde und geflüchtete Menschen ein. Unter dem Motto „Herz statt Hetze“ engagieren wir uns für eine offene und vielfältige Gesellschaft, in der jeder Mensch ohne Angst leben kann.

Wir sind mit der katholischen Kirche einig: Die Positionen extremer Parteien wie die des III. Weges, der Partei Heimat oder der AfD können wir nicht akzeptieren. Sie sind mit christlichen Werten und mit der Verfassung unserer Kirche nicht vereinbar.

Im Grundsatzprogramm der AfD, in Wahlprogrammen, in Änderungsanträgen der Thüringer Landtagsfraktion, vor allem aber in vielen Äußerungen der Parteispitze finden sich widersprüchliche und in ihrer Gesamtheit für unsere Gesellschaft schädliche Positionen und Forderungen. Die meisten Wähler der AfD wären von den geplanten Maßnahmen der AfD bezüglich Wirtschaft, Teilhabe und sozialer Sicherung am stärksten von indirekten und direkten negativen Folgen betroffen.<sup>3</sup>

Viele Ansichten sind nicht nur diskriminierend und abwertend gegenüber Menschengruppen, sie schaden den deutschen Wirtschaftsinteressen und der Stellung Deutschlands in der Welt. Ein weltoffenes, wirtschaftlich und sozial erfolgreiches Land mit der Men-

schenwürde im Mittelpunkt ist mit den Positionen der AfD nicht vereinbar.

Diese Broschüre schließt an unsere „Grundsätze und Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD“ aus 2023 an und bietet sich als Grundlage für inhaltliche Diskussionen und Gespräche an. Sie hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie bezieht sich in der Auswertung von Quellen auf den Stand April 2024 und die zu diesem Zeitpunkt absehbar wichtigsten Themen der bevorstehenden Wahlkämpfe. Das Heft soll Informationen bieten und zu einem Dialog in Kirche und Diakonie befähigen. Mit Herz, Freundlichkeit und Offenheit, auch bei kontroversen Perspektiven – miteinander reden stärkt unsere Gemeinschaft und unsere Gesellschaft.



**Diakonie-Positionen** sind in diesem Heft farblich hinterlegt, Hinweise zu Dialogformaten und **Empfehlungen zur Gesprächsführung** sind grafisch hervorgehoben.

## Argumentationsweisen der AfD

Die AfD stellt die demokratischen Grundrechte in Frage und prägt den öffentlichen Diskurs mit menschenfeindlichen Äußerungen. Dazu nutzt sie Kommunikationsstrategien der Enttabuisierung und Verunsicherung, die auch von anderen rechten Akteuren verwendet werden. Die Verbreitung von Begriffen wie „Asylindustrie“ und „Lügenpresse“ polarisieren politische Debatten und inszenieren Ängste und Bedrohungen. Die AfD stellt den öffentlichen Diskurs durch Provokationen in Frage, verdreht wissenschaftliche Fakten und reduziert komplexe Sachverhalte auf ein einfaches „Freund-Feind“-Schema. Sie nutzt konfrontative Gegenüberstellungen eines „Wir gegen die Anderen“ und verfolgt damit eine Verleumdung anderer etablierter Parteien und politisch Andersdenkender. Mit diesen Strategien werden Begriffe wie „Migration“ oder „Sozialpolitik“ aus ihrem Kontext gerissen und mit Feindbildern aufgeladen.

▣ Ausbildung einer kollektiven Identität; – „Wir gegen die“ ist der Klassiker bei allen Rechtspopulisten weltweit. Komplexe Sachverhalte werden auf einfache Freund-Feind-Bilder reduziert.

▣ Herstellung einer extremen Polarisierung im öffentlichen Diskurs – Klimaschutz wird zum Kulturkampf, Migration zur „Umvolkung“.<sup>4</sup>

▣ Kalkulierte Provokation – Alexander Gaulands „Vogelschiss“-Äußerung zur Stellung des Nationalsozialismus in der deutschen Geschichte ist dafür ein gutes Beispiel.<sup>5</sup>

▣ Sprachlicher Tabubruch – ist der Versuch, Begriffe und Parolen einzuführen oder umzudeuten, zu reaktivieren, die zum Beispiel auch im Nationalsozialismus eine Rolle gespielt haben.

▣ Verleumdung etablierter journalistischer Medien – Ein „Links-ideologisches Pressekartell“ ist für den Staat und die „Altparteien“ tätig („Lügenpresse“).

▣ Täter-Opfer-Umkehr – Tatsachen werden so umgedreht, dass plötzlich die Medien oder andere



Schuld tragen, zum Beispiel bei „Correktiv“-Veröffentlichungen zum „Geheimtreffen“ 2024 in Potsdam.<sup>6</sup>

▣ De- und Rekontextualisierung – bedeutet: Themen werden aus ihrem ursprünglichen Kontext herausgenommen und durch Verknüpfung mit anderen politischen, sozialen oder kulturellen Fragen neu verortet.

## Migration

Die AfD sieht in Bezug auf Migration eine Destabilisierung Deutschlands im Vordergrund und möchte das „Asylparadies Deutschland schließen“<sup>7</sup>. Sie will Unterkünfte in der Nähe der Krisenregionen errichten und mit der „ortsüblichen Grundversorgung“ ausstatten.<sup>8</sup>

Über „humanitäre Aufnahmen“ soll der Deutsche Bundestag entscheiden und dabei nur „besonders schutzbedürftige Personen, für deren Auswahl ein mit der deutschen Werte- und Gesellschaftsordnung vereinbarer kultureller und religiöser Hintergrund ein wichtiges Kriterium ist“ auswählen.<sup>9</sup> Die AfD tritt für den „Erhalt der Rückkehrfähigkeit statt unmöglicher Integration“ ein.<sup>10</sup>

Im Gesundheitsbereich würde durch hier lebende „Asylbewerber“ die „Versichertengemeinschaft über Gebühr belastet“. Die „Gesundheitskarte für Asylbewerber“ soll deshalb abgeschafft werden: „Die Behandlung von nicht

▣ Selbstverharmlosung – „Deutschland. Aber normal“. So lautete beispielsweise der Slogan der AfD bei der vergangenen Bundestagswahl 2021. Der Begriff „normal“ soll dabei Maß und Mitte signalisieren und das radikale Programm kaschieren.

**Sachlichkeit:** Nicht provozieren lassen. Ruhig bleiben und nicht in moralisierende Entrüstung geraten.

anerkannten oder abgelehnten Asylbewerbern ist auf eine Notfallversorgung zu reduzieren. Eine Grundversorgung für anerkannte Asylbewerber darf nicht der Versorgung von regulär Versicherten gleichgestellt werden“.<sup>11</sup>

Die AfD stellt Menschengruppen unter Generalverdacht. Ausdrücklich werden mit Migranten vorrangig „überproportionale Zuwandererkriminalität, Terroranschläge und islamischer Separatismus“ verbunden.<sup>12</sup> Rassistische Vorurteile werden gepflegt: „Im 21. Jahrhundert trifft der lebensbejahende afrikanische Ausbreitungstyp auf den selbstverneinenden europäischen Platzhaltertyp“.<sup>13</sup>

„Die sogenannte Härtefallkommission, die in vielen Hunderten Fällen vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern in Thüringen gegen geltendes Recht einen weiteren Aufenthalt auf Kosten des Steuerzahlers ermöglichte“, will die AfD „abschaffen“.<sup>14</sup>

## Staatsangehörigkeit

Die AfD möchte bei der deutschen Staatsangehörigkeit zum „Abstammungsprinzip“ zurückkehren, wie es bis 2000 galt. Die bestehende Gesetzeslage, wonach die deutsche Staatsangehörigkeit unter bestimmten Voraussetzungen besitzt, wer in Deutschland geboren wurde, soll geändert werden.

Die Anforderungen an eine „Ermessenseinbürgerung“ sollen erheblich steigen und einen Anspruch auf Einbürgerung darf es nicht mehr geben.<sup>15</sup> Der Kinderwunsch und die Geburtenrate der „jungen Deutschen“ sollen dagegen animiert und gesteigert werden.<sup>16</sup>



## Zuwanderung in den Arbeitsmarkt

Konkrete Änderungsanträge der AfD im Thüringer Landtag konzentrieren sich vornehmlich auf die Abschaffung von Maßnahmen zur Gewinnung und Integration von Arbeits- und Fachkräften aus dem Ausland. Nahezu alle Institutionen, Maßnahmen und Mittel werden abgelehnt. So wird sich generell gegen das „Amt für Migration und Integration“ in Thüringen ausgesprochen.<sup>17</sup>

Das „Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ ist nach der AfD entbehrlich und soll gestrichen werden. Es sei „weltanschaulich ausgerichtet“ und eine „Klientelförderung für Migranten“.<sup>18</sup>

„Zuschüsse an Unternehmen für die sprachliche Vorbereitung von Auszubildenden aus dem Ausland“ werden rundweg verweigert. Unternehmen würden selbst aktiv werden und ausländische Auszubildende anwerben, wenn es nötig ist.<sup>19</sup> Deutsch soll als Landessprache in der Verfassung festgeschrieben werden.<sup>20</sup>

Maßnahmen zur „arbeitsmarktlichen Ertüchtigung von Ausländern“ in Thüringen am Beispiel der German Professional School (Vorbereitung für eine Ausbildung in Thüringer Unternehmen) sind komplett zu streichen.<sup>21</sup>

Thüringer Arbeitsmarktprogramme sollen sich ausschließlich auf „einheimische Arbeitssuchende“ konzentrieren. Die Richtlinie zur Gewinnung von Auszubildenden aus Drittstaaten für eine qualifizierte berufliche Ausbildung zur Pflegefachkraft „sind zu streichen“. Der Spracherwerb sollte generell in den „Heimatländern auf eigene Kosten absolviert werden“.<sup>22</sup>

Auch Menschen, die in der Pflege arbeiten, werden in öffentlichen Äußerungen immer wieder mit Kriminalität in Zusammenhang gebracht und diffamiert. Andreas Winhart, AfD-Abgeordneter des bayrischen Landtages erklärte 2018, wer in Zukunft nicht wolle, dass „Albaner und Kosovaren als Pflegekräfte ins Haus kommen und dann die Bude ausräumen“ müsse die AfD wählen.<sup>23</sup>

Die Diakonie lehnt rassistische und andere diskriminierende Äußerungen und Maßnahmen ab. Sprache schafft Wirklichkeiten und prägt das Zusammenleben. Reden, die von Hass und Wut geprägt sind, die Menschen verletzen und diffamieren, lehnt die Diakonie grundsätzlich ab.

Es gilt die Gleichwertigkeit jedes Menschen unabhängig von Kultur, Religion, Hautfarbe, sexueller Orientierung, Sprache und ethnischer Herkunft. Wieso soll Menschen die deutsche Staatsangehörigkeit verweigert werden, deren Familien seit Generationen in Deutschland leben? Die Rückkehr zum Abstammungsprinzip und damit biologischen Kriterien, wird der Ge-

**Offene Fragen:** Fragen Sie mit ehrlichem Interesse, wie ihr Gegenüber zu seiner Meinung kommt. Zum Beispiel sagt jemand: „Man ist auf der Straße nicht mehr sicher, weil so viele Flüchtlinge hier sind“. Sie könnten nachfragen: „Wie kommen Sie auf Flüchtlinge?“.

**Kritik** sachlich benennen. So können Sie zum Beispiel sagen, welchen Teil der Argumentation oder Sorge Sie nachvollziehen können: „Ich hatte auch schon mal Angst auf dem Nachhauseweg. Das ist unangenehm“. Aber schließlich: Ich bringe meine Angst aber nicht mit Flüchtlingen in Zusammenhang.

sellschaft eines modernen Einwanderungslandes im 21. Jahrhundert nicht gerecht.

Für die Diakonie ist das „Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte“ (GG Artikel 14), als Verpflichtung aus der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, unbedingt zu erhalten. Es entstand als Reaktion auf die Erfahrung der nationalsozialistischen Diktatur, des Zweiten Weltkriegs und der mit ihnen verbundenen Vertreibungen und Flüchtlingsbewegungen.

Thüringen ist vergleichsweise stark vom demographischen Wandel betroffen. Deshalb ist Thüringen verstärkt auf Zuwanderung von Fach- und Arbeitskräften aus dem europäischen und außereuropäischen Ausland angewiesen. Das gilt für alle ostdeutschen Bundesländer. Es geht dabei um den Erhalt unseres Wohlstands und die

Daseinsfürsorge in unserer Region. Viele Krankenhäuser in Thüringen könnten schon jetzt ohne Ärzte aus dem Ausland nicht mehr arbeiten. Der Pflegenotstand würde sich verschärfen. Die Mehrbelastung der noch arbeitenden Pflegerinnen und Pfleger würde massiv steigen. Es ist zu befürchten, dass mehr und mehr Menschen das Berufsfeld „Pflege“ verlassen oder den Beruf erst gar nicht wählen. Die Bewohner in Altenpflegeeinrichtungen könnten nicht mehr adäquat versorgt und betreut werden.

Aber auch Pakete würden nicht mehr zugestellt, Teile der Gastronomie müssten schließen, Handwerkertermine wären noch schlechter zu bekommen und so weiter.

Die Thüringer Wirtschaft leidet schon jetzt unter einem enormen Mangel an Fach- und Arbeitskräften. Wirtschaftswissenschaftler,

### **Abgrenzen und Handeln:**

Wenn menschenfeindliche oder rassistische Sprüche kommen, sagen Sie höflich und klar: „Es ist nicht in Ordnung für mich, was du sagst. Es ist menschenfeindlich.“ Auch bei abwertenden Begriffen intervenieren und richtigstellen.

Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften sind sich einig darin, dass eine verstärkte Zuwanderung in den deutschen Arbeitsmarkt notwendig und geboten ist, um Produktion und Dienstleistungen in Thüringen zu erhalten. Ansonsten würden Wertschöpfung und damit Steuereinnahmen verloren gehen. Dies würden alle Thüringerinnen und Thüringer durch eine dramatisch mangelhafte Infrastruktur und enorme eigene Wohlstandsverluste zu spüren bekommen.

Das Land Thüringen braucht Investitionen aus dem Ausland. Betriebe siedeln sich aber nur an, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Dazu zählt die Zahl an Fach- und Arbeitskräften genauso wie die gesellschaftliche Stimmung im Land. Investoren und Fachkräfte haben die Wahl, die Thüringer Wirtschaft nicht. Im Internet sind gesellschaftliche Stimmungslagen und die demokratische Kultur in Deutschland weltweit sichtbar. Eine Mitbestimmung der AfD in Thüringen kann für Investoren zum Problem werden.

In Deutschland leben 24 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, das ist fast ein Drittel der Bevölkerung. Die meisten sind relativ jung. Hier gibt es ein hohes Potential für eine höhere Erwerbsbeteiligung. Die Quoten bei höheren Bildungsabschlüssen steigen zwar, sie liegen aber immer noch hinter den Jugendlichen ohne Migrationshintergrund. Es lohnt sich in Integration, Kitas und Schulen zu investieren, um die schon hier lebenden Menschen aktiv bei der Integration in unseren Arbeitsmarkt zu unterstützen. Das deutsche Umlagerensystem ist in einer überalterten Gesellschaft zudem auf junge Menschen als Einzahler angewiesen.

Ein konkretes Beispiel, wie der Wirtschaftsstandort Thüringen in Gefahr geraten kann: Bei Jenoptik in Jena arbeiten Menschen aus 30 Nationen. Ohne diese Fachkräfte müsste Jenoptik die Entwicklungsabteilung in Jena schließen oder Entwicklung und Produktion in andere Regionen verlagern.

Man kann nicht nicht kommunizieren! Auch wenn Sie einen Spruch unkommentiert lassen, haben Sie eine Botschaft gesendet ...

... entweder, dass Sie keine Meinung dazu haben oder, dass Sie der gleichen Meinung sind!

## Europa

Die AfD möchte in Europa einen losen Staatenbund, einen „Bund europäischer Nationen“ schaffen.<sup>24</sup> Sie fordert die Rückkehr zu „nationalen Währungen“<sup>25</sup> und will den nationalen Grenzschutz wiedereinführen.<sup>26</sup> Die Arbeitnehmerfreizügigkeit soll für bestimmte Bürger zum Beispiel als „Armutszuwanderung“ aus EU-Ländern eingeschränkt werden.<sup>27</sup> Der europäische Binnenmarkt soll eingeschränkt aber grundsätzlich erhalten bleiben. Alle Instrumente der europäischen Kohäsionspolitik sollen dagegen abgeschafft werden.<sup>28</sup>

Dabei sind diese beiden Komponenten der EU-Politik zwingend miteinander verbunden. Die Kohäsionspolitik sorgt dafür, dass die Schere zwischen armen und reichen Ländern nicht zu weit auseinandergeht.

„Diese EU muss sterben, damit das wahre Europa leben kann“. Mit diesem Satz verstärkte Björn Höcke 2023 die Forderung nach einer Auflösung der EU bei der Europawahlversammlung der AfD in Magdeburg.<sup>29</sup> Die Nähe zur SA-Parole „Sie starben damit Deutschland lebe“ ist mutmaßlich kein Zufall.

Viele scheuen sich in die Auseinandersetzung mit anderen zu gehen, weil sie sich nicht kompetent genug fühlen oder Angst davor haben, dass ihnen die Argumente ausgehen.



Die AfD ignoriert, dass die Europäische Union vor allem ein großes Friedensprojekt der neueren Geschichte ist. Die EU basiert auf den blutigen Lehren zweier Weltkriege und der Übereinkunft demokratischer Staaten, in der Europäischen Union zusammenzuarbeiten. Im Mittelpunkt stehen die friedenssichernden, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Vorteile einer starken Kooperation.



Gerade eine Exportnation wie Deutschland, die in großem Maß in andere europäische Länder exportiert, profitiert enorm von der politischen und wirtschaftlichen Verflechtung auf europäischer Ebene. Offene Grenzen ermöglichen zudem Reisefreiheit und die freie Wahl des Lebens- und Arbeitsortes.

Signale und Stimmungsmache der AfD gegen EU-Migranten führen dazu, dass insbesondere Fach- und Arbeitskräfte nicht nach Thüringen kommen. Die Wertschöpfung und Wirtschaftskraft in Thüringen wird dadurch erheblich geschwächt. Die Steuereinnahmen sinken – mit spürbaren Folgen gerade für die Menschen in Thüringen mit durchschnittlichen und kleineren Einkommen.

1. Sie können davon ausgehen, dass Ihr Gegenüber auch nicht alle Details kennt und wahrscheinlich einfach nur überzeugender im Auftreten ist.
2. Sie werden nie allein mit Zahlen und Fakten überzeugen können, erst recht nicht Menschen, die Stammtischparolen verbreiten. Stammtischparolen sind nur Mittel zum Zweck – das heißt, sie sind austauschbar.

## Wirtschafts- und Sozialpolitik

Die AfD vertritt eine neoliberale Wirtschafts- und Finanzpolitik. Sie möchte die Rolle des Marktes ausweiten und den Einfluss des Staates verringern.

Die AfD war ursprünglich eine europakritische aber vor allem neoliberale Partei. Für sie gilt: „Je mehr Wettbewerb und je geringer die Staatsquote, desto besser für alle“.<sup>30</sup> Die AfD will deshalb „auf breiter Front deregulieren“.<sup>31</sup>

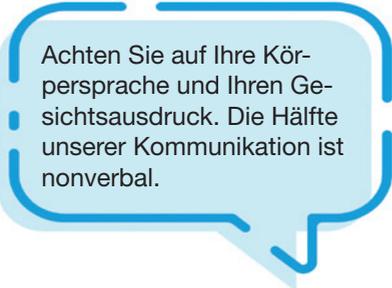
Inzwischen setzt sich die AfD auch für den gesetzlichen Mindestlohn ein,<sup>32</sup> eine längere Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I<sup>33</sup> und die Aufstockung der Rente durch einen höheren Steuerzuschuss.<sup>34</sup> Beide Ansätze – die Reichen entlasten und Sozialleistungen erhöhen – lassen sich weder inhaltlich noch politisch miteinander verbinden und auch nicht praktisch umsetzen.

Die Diskrepanz wird aufgelöst mit der Forderung nach konsequenter „Streichung von ideologischen Politikmaßnahmen, beispielsweise in der Migrations-, Klima- und EU-Politik.“<sup>35</sup>

Die AfD setzt sich „für die schnellstmögliche Beendigung der Russland-Sanktionen ein.“. Sie möchte die „traditionelle Ostorientierung der Thüringer Wirtschaft zum beiderseitigen Vorteil Thüringens und der osteuropäischen Volkswirtschaften nutzen“.<sup>36</sup>

Die AfD will eine „Reform der sozialen Sicherungssysteme“ einleiten.<sup>37</sup> Sie beabsichtigt, staatliche Unterstützung zu reduzieren und die damit verbundene Verantwortung auf Familien zu übertragen. So müsse zum Beispiel individuelle häusliche Pflege „zu einem Hauptbestandteil der sozialen Sicherungssysteme werden“.<sup>38</sup>

Eine solche „Reform“ birgt zahlreiche Risiken und versteckte Kosten. Weder sind alle Menschen in ein familiäres Umfeld eingebunden, noch verfügen alle Familien über die Mittel sich diese Unterstützung zu leisten. Die „Reform“ der AfD würde daher bedeuten, dass soziale Sicherungsmechanismen teilweise wegfallen und mehr Leistungen aus eigener Tasche bezahlt werden müssten. Mit ihren Vorschlägen würde die AfD ein Zweiklassensystem schaffen, das Menschen gegeneinander ausspielt – auf Kosten der Schwächsten.



Achten Sie auf Ihre Körpersprache und Ihren Gesichtsausdruck. Die Hälfte unserer Kommunikation ist nonverbal.

Die AfD will die bestehende Sozialhilfe in eine „aktivierende Grundsicherung“ umwandeln.<sup>39</sup> Zwar soll auch das Arbeitslosengeld I verlängert werden,<sup>40</sup> aber nicht erwerbstätigen Menschen stünde dabei nur noch ein Mindestbetrag zu, der sehr viel geringer als die aktuelle Unterstützung ausfallen würde.

Einige AfD-Abgeordnete denken darüber nach, das Wahlrecht für Benachteiligte und Sozialleistungsbeziehende einzuschränken bzw. abzuschaffen. Dies wird in einem Vortrag von Markus Krall bei der sächsischen AfD deutlich: „Ich glaube, dass jeder am Anfang der Legislaturperiode eine Wahl treffen sollte. Nämlich entweder zu wählen, also das Wahlrecht auszuüben, das er hat, oder Staatstransfers zu bekommen. Also, wer Subventionen kriegt, der darf nicht wählen und wer andere Arten von Transfers kriegt, darf auch nicht wählen in dem System. Nur der, der einzahlt ins System, darf wählen“.<sup>41</sup>

Missverständnisse sind normal!  
Wenn Sie unsicher sind, was Ihr Gegenüber tatsächlich meint, sollten Sie im Zweifel immer nachfragen: „Habe ich richtig verstanden, dass ...?“.

Teile der AfD möchten offenbar zurück zu einem ungleichen Wahlrecht des 19. Jahrhunderts, das politische Teilhabe von der Einkommens- und Vermögenslage abhängig machte. Das ist ein Angriff auf die Grundlagen unserer Demokratie. Das Grundgesetz verlangt freie, gleiche und geheime Wahlen.

Keine Partei plant mehr soziale Einschnitte. So war die AfD gegen die Einführung und Erhöhung des Mindestlohnes 2021, gegen die Stärkung von Rechten von Mieterinnen und Mietern, das Bürgergeld soll auf sechs Monate begrenzt werden. Totalsanktionen im Bürgergeldbezug sollen die Regel werden, Zwangsverpflichtungen für Langzeitarbeitslose sind geplant. Letztlich ist die Abschaffung der Agentur für Arbeit angekündigt.

Sozialpolitisch sind staatliche Regelungen notwendig, um das Existenzminimum für jeden Menschen zu garantieren, sozialen Ausgleich zu schaffen und den sozialen Frieden zu sichern. Unterstützungsleistungen, zum Beispiel für Menschen in Armut oder mit Behinderung, sind eine staatliche Pflichtaufgabe.

## Steuern

Die AfD setzt in ihrer Finanz- und Steuerpolitik auf marktradikale Forderungen. Ihr Ziel ist ein „schlanker Staat“ ohne gesellschaftliche Verantwortung.<sup>42</sup> Eine Finanztransaktionssteuer wird grundsätzlich abgelehnt.<sup>43</sup>

**Einkommen:** Die AfD fordert einen geänderten Einkommenssteuertarif mit wenigen Stufen. Er sieht einen etwas höheren Freibetrag vor, bedeutet aber gleichzeitig, dass alle Menschen die gleichen Steuern zahlen sollen, egal ob sie 20.000 oder 1.000.000 Euro pro Jahr verdienen.<sup>44</sup>

**Vermögen:** Mit der Begründung „es gebe keinen akzeptablen Grund aus Trauerfällen Steuerfälle zu machen“<sup>45</sup> fordert die AfD die Abschaffung der Erbschaftsteuer und ist gegen jede Form der Vermögensteuer.<sup>46</sup>

Die AfD will Steuern abschaffen, die bisher vor allem reiche Menschen zahlen. Damit würde sich das soziale Gefälle verstärken. Die Reichen werden reicher, die Armen ärmer. Die meisten Wähler der AfD würden von eben genannten Forderungen nicht profitieren.

Vermögens- und Erbschaftssteuer bedeuten nicht, dass mittlere Ein-

kommen über Gebühr belastet oder etwa Eigenheimbesitzer enteignet würden. Das Reihenhaus der Großmutter ist nicht betroffen. Es geht vielmehr darum, dass sehr reiche



Menschen sich angemessen an der Finanzierung staatlicher Aufgaben (Beispiel soziale Infrastruktur) beteiligen. Die AfD betreibt hier Klientelpolitik für wenige Reiche durch das gezielte Schüren von Ängsten, zum Beispiel vor dem Verlust des Eigenheims.

Erbschafts- und Vermögenssteuern sind wichtig für ein gerechtes Steuersystem, in dem starke Schultern mehr tragen als schwache. Für Vermögen, das durch Schenkung oder Erbschaft erlangt wurde, hat eine Person nicht selbst gearbeitet. Es ist ungerecht, dass die Vermögenssteuer seit 1997 nicht mehr erhoben wird. Aktuell geht die Schere zwischen Arm und Reich auch deshalb so stark auseinander, weil Einkommen aus Erwerbsarbeit höher besteuert werden, als Einkommen aus Vermögen. Durch die Einführung einer Vermögens- und Erbschaftssteuer für sehr große Vermögen könnte mehr Steuergerechtigkeit und ein größerer finanzieller Spielraum für notwendige gesellschaftliche Aufgaben geschaffen werden.

Durch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer könnten zusätzliche Einnahmen für notwendige Investitionen in bauliche, digitale und soziale Infrastruktur oder die notwendige ökologische Transformation generiert werden. Mit der Steuer ließen sich zielgenau Spekulationsgewinne aus der Finanzwirtschaft abschöpfen. Diese entstehen durch Finanztransaktionen digital, teilweise in Millisekunden, an den internationalen Börsen.



## Menschen mit Behinderung/Inklusion

Menschen mit Behinderung stehen für die AfD in keinem besonderen Fokus. Die AfD hält Inklusion grundsätzlich für eine Ideologie, sie möchte „keine ideologisch motivierte Inklusion“. Kinder mit Behinderung sind besser in Förder- und Sonderschulen aufgehoben.<sup>47</sup> Laut AfD ist auch das von den Vereinten Nationen beschlossene Recht auf Teilhabe am Bildungssystem in Deutschland bereits erfüllt. Leichte Sprache soll auf „kognitiv beeinträchtigte Personen“ beschränkt bleiben. Passend dazu gibt es auch keine Übersetzung des AfD-Wahlprogramms in Leichte Sprache.

Björn Höcke sagte im MDR-Sommerinterview 2023: „Projekte wie Inklusion und Gender-Mainstreaming bringen unsere Kinder nicht weiter.“<sup>48</sup> Höcke macht für die schlechten Bildungsleistungen (PISA) in Deutschland Inklusion

und Vielfalt im Unterricht verantwortlich: „die Dauerrevolution im Bildungsbereich beenden und die Überlastung der Lehrerinnen und Lehrer durch unterrichtsfremde Aufgaben und Ideologieprojekte (flächendeckende Inklusion, Multikulturalisierung) soweit es geht minimieren.“<sup>49</sup>

Kinder mit Behinderung sollen deshalb aus den Regelschulen ausgegrenzt werden. Denny Jankowski, bildungspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag, erklärt: Eine „verfehlte Inklusionspolitik und vermehrte Schüler ohne Deutschkenntnisse an den Schulen machen einen vernünftigen Unterricht nahezu unmöglich. Unsere Schüler haben mehr verdient, als zum Experimentierfeld für ideologische Bildungsexperimente zu werden.“<sup>50</sup>

### Stammtischparolen erkennen:

sie sind pauschal, stark vereinfachend, schwarz/weiß, zugespitzt und vorurteilbehaftet. Sie vereinfachen das Leben, strukturieren ...

... die komplizierte Welt, geben vermeintliche Sicherheit und haben in der Gruppe die Tendenz, andere, fremde Gruppen abzuwerten.

Die Diakonie steht für eine personenzentrierte und passgenaue Förderung des Einzelnen. Das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern ist zu achten. Die einzelne Person und deren Bedürfnisse stehen im Vordergrund. Das kann bedeuten, dass für den einen eine inklusive Regelschule idealer Lernort ist und für den anderen ein Förderschulangebot. Es werden also inklusive Schulen und spezielle Förderschulen zugleich benötigt, um dem einzelnen Kind und dem Elternwunsch gerecht zu werden.

Inklusion bedeutet gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft, an Bildung, Kultur, Sport und vielem mehr. Die Diakonie fördert und unterstützt die ungehinderte Teilhabe jedes Menschen in der Gesellschaft. Rechtsansprüche von Menschen mit Behinderung an sozialer und kultureller Teilhabe sind für die Diakonie nicht verhandelbar.

Fordern Sie ihr Gegenüber auf, beim Thema zu bleiben, wenn die nächste Stammtischweisheit vorgetragen wird.



## Familie und Gleichstellung von Frauen

Die AfD betrachtet die „traditionelle Familie als Leitbild“.<sup>51</sup> Dieses Leitbild der Familie „als Keimzelle der Gesellschaft“, bestehend aus „Vater, Mutter und Kindern“<sup>52</sup> sei in Gefahr. Frauen sollen als Hausfrauen wieder mehr geschätzt werden.<sup>53</sup> Denn angeblich leugnet die „Gender-Ideologie“ die biologischen Unterschiede zwischen Mann und Frau und diskreditiert die Institution Familie aus ideologischer Motivation.<sup>54</sup>

„Familien stellen (...) die biologische und kulturelle Zentralinstitution der Gesellschaft dar“. In den ersten drei Lebensjahren ist das Wachsen einer engen Eltern-Kind-Beziehung besonders wichtig. Mit einem Familiengeld „soll es künftig möglich sein, dass eine Familie mit kleinen Kindern von einem Gehalt leben kann“.<sup>55</sup>

Die „Geschlechterquote“ wird abgelehnt<sup>56</sup> und „Gleichstellungsbeauftragte sind abzuschaffen“.<sup>57</sup>

Björn Höcke: „Denn was ist es anderes als ein Angriff auf unsere Kinder, wenn Vertreter des Regenbogen-Imperiums in Deutschland sich dafür einsetzen, dass eine Abtreibung bis zum neunten Monat möglich sein muss; wenn sie drängen,

dass schon ein siebenjähriges Kind – auch gegen den Elternwillen – sein Geschlecht frei wählen kann; wenn sie Pornofilme im öffentlich-rechtlichen TV und in Schulen fordern; oder wenn im kommenden Frühjahr in Berlin zwei schwul-lesbische Kindergärten eröffnen? Sie wollen die Seelen unserer Kinder, aber sie sollen sie nicht kriegen!“<sup>58</sup>

Zuschüsse für das Thüringer Kompetenznetzwerk Gleichstellung sollen gestrichen werden: „Der Auflösung der biologischen Geschlechter auf dem Wege des Gender-Mainstreaming und anderer Ideologieprojekte soll an Universitäten kein weiterer Vorschub geleistet werden“.<sup>59</sup>

Nicole Höchst (AfD-Bundestagsfraktion) streitet Benachteiligungen generell ab: „Die strukturelle Benachteiligung von Frauen gleicht einem Yeti: Jeder spricht darüber aber noch niemand hat ihn ernsthaft gesehen“.<sup>60</sup>

Gewaltschutz-Maßnahmen für Frauen (Istanbul-Konvention) sollen gekürzt werden, weil immer mehr „Migranten und Flüchtlinge, Suchtkranke, Transmenschen“ diese Hilfen in Anspruch nehmen würden.<sup>61</sup>



Gott schuf den Menschen ohne Über- und Unterordnung.<sup>62</sup> Daraus folgt für uns die gleichberechtigte Akzeptanz verschiedener Lebensformen und Lebensweisen. Wir leben in einer Verantwortung füreinander. Eine Gesellschaft besteht durch die Verbindungen und braucht die Verbindlichkeit der Menschen, die zusammenleben. Daraus folgen auch die Gleichberechtigung aller am Arbeitsleben durch gerechte Aufgabenverteilung in Familien und Lebensgemeinschaften und ein Bedarf an entlastenden Unterstützungsleistungen, zum Beispiel in der Kinderbetreuung oder Pflege.

Die Favorisierung traditioneller Familienformen (Mutter, Vater, Kind) geht an der gesellschaftlichen Realität in Deutschland vorbei. Die Diakonie unterstützt traditionelle Familienmodelle, aber auch die Vielfalt neuer Familienformen, in denen Verantwortung füreinander übernommen wird.

Suchen Sie sich im Gespräch Verbündete. Sprechen Sie diejenigen in der Runde an, die noch nichts gesagt haben.

## Klimapolitik, ökologische Transformation

Die AfD behauptet, der Klimawandel existiere nicht und CO<sub>2</sub> sei gut für die Umwelt: „Das Spurengas CO<sub>2</sub> ist als Voraussetzung für alles Leben unverzichtbar. Der Anstieg der Konzentration von CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre hat in den letzten Jahrzehnten zu einem Ergrünen der Erde beigetragen.“<sup>63</sup> Energiegewinnung aus nachhaltigen Quellen lehnt die AfD als unnötig ab.

Zum Natur- und Umweltschutz drückt sich die AfD vage aus. Der „unkontrollierte Ausbau der Windenergie“ soll gestoppt werden, weil er „mehr Schaden als Nutzen“ bringe.<sup>64</sup> Der „weitere Ausbau der Windenergie in Thüringen“ wird abgelehnt. Er bringe „mehr Schaden als Nutzen, insbesondere an Standorten, an denen eine Beeinträchtigung für Menschen, Tiere oder das Landschaftsbild auftreten“.<sup>65</sup> Die AfD spricht sich darüber hinaus gegen den Ausbau neuer Stromtrassen in Thüringen aus.<sup>66</sup>

Die AfD lehnt den „Green Deal“ der EU sowie jegliche weiteren „Formen von Planwirtschaft“ ab und will das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ersatzlos streichen.<sup>67</sup> Für die AfD ist Klimapolitik „ideologische Utopie“.<sup>68</sup> Statt also in erneuerbare Energien zu investieren, will die AfD weiter auf Kern-, Gas- und Kohlekraftwerke setzen.<sup>69</sup>

Bewilligungen und Maßnahmen der Transformation und Dekarbonisierung der Thüringer Wirtschaft sollen auf-

grund einer „wissenschaftlich fragwürdigen Klimaideologie“ abgelehnt und auf null gesetzt werden.<sup>70</sup>

Maßnahmen zur Energieanpassung und Klimaanpassung in Thüringen sollen auf null gestrichen werden, weil „hiermit Vorhaben der ideologisch motivierten Energiewende finanziert würden“. Auch Unterstützung für die Kommunen und für öffentliche Unternehmen wird es in diesem Politikbereich nach dem Willen der AfD nicht geben: „Klimaschutz, Klimafolgenanpassung und Energiewende“ sind „ideologische Projektumsetzungen“ einer „fragwürdigen Klimaideologie“, die nicht staatlich gefördert werden soll.<sup>71</sup> Auf kommunaler Ebene sollen keine „Klimamanager“ staatlich mitfinanziert werden, weil dahinter sachlich fragwürdige weltanschauliche Projekte gesehen werden.<sup>72</sup>

Unterstützungen für E-Mobilität sind von der AfD nicht gewollt. Sie entstammen „einer fragwürdigen Klimaideologie“ für deren Durchsetzung keine Steuermittel Verwendung finden dürfen.<sup>73</sup> Ähnliches gilt auch für „Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden“ und Privathäusern. Investitionen in diesem Bereich werden abgelehnt.<sup>74</sup>

Auch der Thüringer Energieagentur (ThEGA) sollen die Mittel gestrichen werden. Es wird wieder die „fragwürdige, ideologische Grundlage“ betont.<sup>75</sup>

Private Unternehmen sollen dagegen eine „Förderung bei der Bewältigung von Extremwetterereignissen“ erhalten. Die Privatwirtschaft soll gewissermaßen im Nachgang mit Steuergeldern unterstützt werden.<sup>76</sup>

Die Diakonie erkennt den von Menschen gemachten Klimawandel an. Die Bewahrung der Schöpfung ist biblischer Auftrag und daher sind alle Maßnahmen, die der Erhaltung einer lebenswerten und lebensfördernden Umwelt dienen wichtig und notwendig.

Die Diakonie setzt sich für eine sozial ausgewogene und Teilhabe fördernde ökologische Transformation aller Lebensbereiche ein. Der von Menschen verursachte Klimawandel ist nach heutiger Forschungslage unbestritten. 97 Prozent aller Klimaforscherinnen und Klimaforscher sind der Auffassung, dass sich durch menschliches Handeln das Klima erwärmt, mit unabsehbaren Folgen für Menschen, Tiere und Pflanzen. Die Leugnung der Verantwortung des Menschen für

den Klimawandel und die Verächtlichmachung derjenigen, die sich für mehr Klimaschutz einsetzen, hat in der AfD System. Sie benötigt zum einen den Fokus auf das Thema „Migration“, denn dazu hat sie konkrete Positionen. Zum anderen lehnt sie die seriöse Forschung ab. Fakten werden zur bloßen Meinung degradiert und als solche angegriffen und verdreht.

Das Kalkül dahinter ist: Wer den Klimawandel und seine Folgen anerkennt, muss die Ausrichtung der Wirtschaft verändern. Dieser Prozess kann nur in einem gemeinsamen gesellschaftlichen Kraftakt gelingen. Wer den Strukturwandel jetzt nicht gestaltet, der wird in einigen Jahren keine Möglichkeit mehr dazu haben. An dieser Gestaltung hat die AfD kein Interesse, sie ist keine Partei für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der betroffenen Wirtschaftszweige. Die „einfachen, arbeitenden Menschen“, die bei der AfD häufig erwähnt werden, kommen durch diese Verweigerungshaltung in existentielle Bedrängnis.

#### **Informationsquelle erfragen:**

Bringt Ihr Gegenüber Informationen vom „Hörensagen“, dann fordern Sie belegbare Fakten. Facebook, X (Twitter) & Co sind keine seriösen Informationsquellen!

## Fußnoten

*Hinweis: Quellen im Internet sind durch Schrägstriche und QR-Codes erkennbar. Die Fundstellen wurden bis Redaktionsschluss alle auf Auffindbarkeit und inhaltliche Korrektheit überprüft.*

- 1 unter anderem 2. Mose 22,20-26
- 2 siehe Lukas 5,17ff.; 9,37ff.; 10,25ff.; 18,35ff.; 19,1ff.
- 3 [www.diw.de/de/diw\\_01.c.879742.de/publikationen/diw\\_aktuell/2023\\_0088/das\\_afd-paradox\\_die\\_hauptleidtragenden\\_der\\_afd-politik\\_waeren\\_ihre\\_eigenen\\_waehler\\_innen.html](http://www.diw.de/de/diw_01.c.879742.de/publikationen/diw_aktuell/2023_0088/das_afd-paradox_die_hauptleidtragenden_der_afd-politik_waeren_ihre_eigenen_waehler_innen.html)



- 4 Verfassungsschutzbericht 2022, Freistaat Thüringen, S. 17, ([verfassungsschutz.thueringen.de/fileadmin/Verfassungsschutz/VSB\\_2022\\_Pressefassung.pdf](http://verfassungsschutz.thueringen.de/fileadmin/Verfassungsschutz/VSB_2022_Pressefassung.pdf))



- 5 Video (Deutsche Welle) [www.dw.com/de/gauland-nur-ein-vogelschiss/video-44056200](http://www.dw.com/de/gauland-nur-ein-vogelschiss/video-44056200)



- 6 [correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/](http://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/)



- 7 Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl 2021, S. 90, 93

- 8 Grundsatzprogramm der AfD 2016, 9.1, S. 60

- 9 Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl 2021, S. 92

- 10 Wahlprogramm der AfD zur Landtagswahl Thüringen 2019, S. 53

- 11 Wahlprogramm der AfD zur Landtagswahl Thüringen 2019, S. 47

- 12 Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl 2021, S. 91

- 13 Björn Höcke, Vortrag über Asylbewerber aus Afrika, 21. November 2015 [correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2017/04/12/die-afd-sagt-dass-afrikaner-ein-spezielles-vermehrungsverhalten-haben-das-sich-von-europaeern-unterscheidet-stimmt-das/](http://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2017/04/12/die-afd-sagt-dass-afrikaner-ein-spezielles-vermehrungsverhalten-haben-das-sich-von-europaeern-unterscheidet-stimmt-das/)



- 14 Wahlprogramm der AfD zur Landtagswahl Thüringen 2019, S. 52

- 15 Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl 2021, S. 101

- 16 Grundsatzprogramm der AfD 2016, 6.2, S. 42

- 17 Änderungsantrag im Thüringer Landtag vom 22.11.23,  
Kapitel Amt für Migration und Flüchtlinge: 0506 ff.
- 18 Änderungsantrag vom 22.11.23, Kapitel Jugend: 0431/ 63382-291
- 19 Änderungsantrag vom 22.11.23,  
Kapitel Allg. Bewilligungen Wirtschaft, 0702/ 68370-681
- 20 Wahlprogramm der AfD zur Landtagswahl Thüringen 2019, S. 80
- 21 Änderungsantrag vom 22.11.23,  
Kapitel Allg. Bewilligungen Wirtschaft, 0702/ 53871-129
- 22 Änderungsantrag Arbeitsmarkttitel vom 22.11.23, 0810/ 68674-0100-0300
- 23 [www.altenpflege-online.net/abfaellige-aeusserungen-ueber-auslaendische-pflegekraefte-bleiben-folgenlos/](http://www.altenpflege-online.net/abfaellige-aeusserungen-ueber-auslaendische-pflegekraefte-bleiben-folgenlos/) 
- 24 Europawahlprogramm der AfD 2024, S. 10
- 25 Europawahlprogramm der AfD 2024, S. 19
- 26 Europawahlprogramm der AfD 2024, S. 17
- 27 Europawahlprogramm der AfD 2024, S. 18
- 28 Europawahlprogramm der AfD 2024, S. 19-22
- 29 [www.phoenix.de/thueringens-afd-landesvor-a-3209401.html](http://www.phoenix.de/thueringens-afd-landesvor-a-3209401.html) 
- 30 Grundsatzprogramm der AfD 2016, 10.1, S. 67
- 31 Grundsatzprogramm der AfD 2016, 10.5, S. 68
- 32 Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl 2021, S. 119,  
Wahlprogramm der AfD zur Landtagswahl Thüringen 2019, S. 41
- 33 Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl 2021, S.120
- 34 Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl 2021, S. 126
- 35 Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl 2021, S.126
- 36 Wahlprogramm der AfD zur Landtagswahl Thüringen 2019, S. 38
- 37 Grundsatzprogramm der AfD 2016, 5.4
- 38 Grundsatzprogramm der AfD 2016, 5.4.4, S. 38
- 39 Grundsatzprogramm der AfD 2016, 5.4.2 S. 37
- 40 Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl 2021, S. 120
- 41 Markus Krall, 31.01.2020, Wer rettet Europa? -  
Der Weg aus der Krise - Vortrag von Dr. Markus Krall  
in Olbernhau/ Erzgebirge, bei der AfD Sachsen,  
[www.youtube.com/watch?v=Y3bv5l9MsA](https://www.youtube.com/watch?v=Y3bv5l9MsA) 
- 42 Grundsatzprogramm der AfD 2016, 1.2, S. 9
- 43 Europawahlprogramm der AfD 2024, S. 27

- 44 Grundsatzprogramm der AfD 2016, 11.1, S. 74
- 45 Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl 2021, S. 36
- 46 Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl 2021, S. 35
- 47 Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl 2021, S. 150
- 48 [www.youtube.com/watch?v=3xRbkDBPNsl](http://www.youtube.com/watch?v=3xRbkDBPNsl)
- 49 [www.mdr.de/nachrichten/thueringen/landtagswahl/direktkandidat-portraet-bjoern-hoecke-100.html](http://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/landtagswahl/direktkandidat-portraet-bjoern-hoecke-100.html)
- 50 [www.afd-thueringen.de/thuringen-2/2023/12/jankowski-pisa-schock-deutsche-schueler-schneiden-so-schlecht-ab-wie-nie/](http://www.afd-thueringen.de/thuringen-2/2023/12/jankowski-pisa-schock-deutsche-schueler-schneiden-so-schlecht-ab-wie-nie/)
- 51 Grundsatzprogramm der AfD 2016, 6.1, S. 41
- 52 Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl 2021, S. 104
- 53 Grundsatzprogramm der AfD 2016, 6.3
- 54 Grundsatzprogramm der AfD 2016, 8.3, S. 55;  
Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl 2021, S. 154
- 55 Wahlprogramm der AfD zur Landtagswahl Thüringen 2019, S. 21
- 56 Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl 2021, S. 23
- 57 Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl 2021, S. 154
- 58 Björn Höcke am 3. Oktober 2022 in Gera,  
von ihm „Tag der Deutschen Freiheit“ benannt,  
[www.youtube.com/watch?v=QVdwdw2gB5Y](http://www.youtube.com/watch?v=QVdwdw2gB5Y)
- 59 Zuschüsse Uni Jena, Änderungsantrag vom 22.11.23, 0769/68211-133
- 60 Nicole Höchst 2018, Rede im Bundestag am 1. März 2018
- 61 Änderungsantrag vom 22.11.23 zur Umsetzung von  
Maßnahmen der Istanbul-Konvention, 0808/68470-0300
- 62 1. Mose 1,27
- 63 Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl 2021, S. 174
- 64 Grundsatzprogramm der AfD 2016, 13.2
- 65 Wahlprogramm der AfD zur Landtagswahl Thüringen 2019, S. 68
- 66 Wahlprogramm der AfD zur Landtagswahl Thüringen 2019, S. 64
- 67 Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl 2021, S. 176
- 68 Wahlprogramm der AfD zur Landtagswahl Thüringen 2019, S. 62



- 69 Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl 2021, S.178
- 70 Änderungsantrag vom 22.11.23,  
Kapitel Allg. Bewilligungen Wirtschaft, 0702/ 53878-691
- 71 Änderungsantrag vom 22.11.23 zur Klimaanpassung, 0906/ 63373-332
- 72 Änderungsantrag vom 22.11.23 Klimaanpassung, 0906/ 88373-332
- 73 Änderungsantrag vom 22.11.23, Klimaanpassung, 0906/ 63380-642
- 74 Änderungsantrag vom 22.11.23, 1825/ 71117-016
- 75 Änderungsantrag Klimaanpassung vom 22.11.23, 0906/ 53894-642
- 76 Änderungsantrag vom 22.11.23, 1012/ 89285-521

Über menschenverachtende oder rassistische Äußerungen darf man nicht hinweggehen. Fragen Sie noch einmal nach, ob Sie Ihr Gegenüber auch nicht missverstanden haben.

Sollte Ihr Gegenüber auf eine Aussage beharren oder die Position sogar noch unterstreichen, gilt es, eine Grenze zu ziehen.

Tragen Sie Leitungsverantwortung in einer Einrichtung, müssen Sie darüber hinaus deutlich machen, dass Sie solche Äußerungen in Ihrer Einrichtung nicht dulden. Suchen Sie sich Rat, wenn Sie in arbeitsrechtlichen Fragen unsicher sind.

## KONTAKTE

### DIAKONIE MITTELDEUTSCHLAND

#### Steffen Mikolajczyk

Referent Grundsatzfragen Sozialpolitik/ Sozialplanung

Telefon (0345) 12299-321

Mobil (0172) 3795273

E-Mail: mikolajczyk@diakonie-ekm.de

#### Frieder Weigmann

Pressesprecher

Telefon (0345) 12299-140

Mobil (0172) 377 80 93

E-Mail: presse@diakonie-ekm.de

#### Projekt **Demokratie gewinnt! In Sachsen-Anhalt und Thüringen**

Diakonie Mitteldeutschland

E-Mail: demokratie-gewinnt@diakonie-ekm.de

Diakonisches Werk Evangelischer Kirchen in Mitteldeutschland e. V., Der Vorstand,  
Merseburger Straße 44, 06110 Halle (Saale), [www.diakonie-mitteldeutschland.de](http://www.diakonie-mitteldeutschland.de)

Redaktion: Tristan Fürstenau, Nele Hoffmann,  
Steffen Mikolajczyk, OKR Christoph Stolte, Frieder Weigmann (V.i.s.d.P.)  
Gestaltung: Frieder Weigmann  
Druck: Impress Druckerei Halle (Saale)  
Halle (Saale), April 2024